

George W. Bush
sucht die Nähe
der großen Konfessionen

Gemeinsam gegen das Böse

Ferdinand Oertel

Wenn die Terrorangriffe auf das World Trade Center und das Pentagon als Symbole der wirtschaftlichen und militärischen Macht der Vereinigten Staaten der Welt neben vielem anderen eines sehr deutlich vor Augen geführt haben, dann dies: Die Amerikaner sind ein tief im Religiösen verwurzeltes Volk. Dies zeigte sich besonders bei der Trauerfeier im Yankee-Stadion, als nicht nur Vertreter aller Kirchen und Religionsgemeinschaften sich bittend an Gott wandten, sondern auch die Menschen im Stadion in Andacht und Gebet versanken. Selbst kritische Intellektuelle in Amerika und Europa, die der übertriebene Patriotismus gestört haben mag, mussten zugestehen, dass die religiöse Haltung der Amerikaner glaubhaft war.

Glaubhaft ist sie ebenso bei Präsident George W. Bush. In seinen ersten Äußerungen zur Katastrophe benutzte er immer wieder biblische Bilder, sprach davon, dass „unsere Nation heute den Teufel gesehen hat“, und zitierte den 23. Psalm: „Muss ich auch wandern in finsterner Schlucht, ich fürchte kein Unheil.“ Und er stellte alle Maßnahmen gegen den Terrorismus unter den Blickwinkel des „Kampfes zwischen Gut und Böse“, in der festen Überzeugung: „Good will prevail“ – das Gute wird siegen.

„Faith-based“ Aktivitäten

George W. Bush gehörte ursprünglich der Episcopal Church an, die nach der Kolonialzeit in Amerika aus der Church of England entstanden war. In der Krise sei-

nes Lebens wechselte er, unterstützt von seiner Frau, zu deren Konfession über, der United Methodist Church, der zweitgrößten protestantischen Kirche in Amerika. Im Wahlkampf hatte Bush bekannt, mithilfe von Billy Graham „zu Jesus zurückgefunden zu haben“. Er sprach von der Kraft des Glaubens für das menschliche Leben und sagte wörtlich: „Letzten Endes basiert unser Glaube auf dem demütigsten aller Menschen, Christus, und ich glaube, dass Demut in der Politik sehr wichtig ist.“

Was ihm damals als Äußerung leerer Worte unterstellt werden konnte, hat Bush nach den Terrorangriffen als seine echte Haltung sicherlich auch dadurch bewiesen, dass er nicht sofort wütende militärische Gegenschläge anordnete, sondern – von vielen seiner Kritiker auch in Europa unerwartet – zuerst auf längerfristige politische Lösungen in internationaler Kooperation setzte. „I am a patient man“, sagte er wiederholt, „ich habe Geduld“. Auch seine viel belächelte Wahlkampfdevise vom „mitfühlenden Konservatismus“ (*compassionate conservatism*) als Grundlage seiner Regierungspolitik geht auf religiöse Wurzeln zurück. Sie ist Ausdruck eines biblisch inspirierten gesellschaftspolitischen Konzeptes, das Bezüge zur Enzyklika *Quadragesimo Anno* von Papst Pius XI. aus dem Jahre 1930 aufweist und das Prinzip der Subsidiarität beinhaltet. Wie ernst Bush es damit im Wahlkampf gemeint hatte, bewies eine seiner ersten Entscheidungen als Präsident: die Einrichtung eines Regierungs-

büros für „faith-based and community activities“, also für Aktivitäten kirchlicher und kommunaler Organisationen im Sozialdienst. Gemäß der republikanischen Auffassung von Subsidiarität soll Sozialhilfe zuvörderst durch private Initiativen und Einrichtungen geleistet werden: statt Wohlfahrtsstaat verantwortliche Bürgerschaft. Jetzt will Bush diese Initiativen noch dadurch stärken, dass es auch unter bestimmten Voraussetzungen staatliche Zuschüsse gibt, und zwar – trotz der verfassungsmäßigen Trennung – auch für kirchliche Organisationen.

Umfragen ergaben, dass zwei Drittel der Bevölkerung dies als „gute Idee“ ansehen, mehr als die Hälfte davon auch dann, wenn dadurch indirekt eine „Verkündigung der Kirchen“ eingeschlossen wäre.

Kultur des Lebens

Als Bush kurz nach seiner Amtseinführung Vertreter aller Religionsgemeinschaften eingeladen hatte, um die Unterstützung kirchlicher Sozialdienste mit ihnen zu besprechen, befand sich auch der Vorsitzende der katholischen US-Bischofskonferenz, Bischof Joseph A. Fiorenza, unter den Teilnehmern. Auffällig ist, wie gezielt Bush in der Folgezeit weitere Kontakte zu den Führern der großen Konfessionen suchte, insbesondere aber zur katholischen Kirche. Schon im Wahlkampf hatte er sich – sicherlich auch aus wahltaktischen Überlegungen heraus, weil die Stimmen der Katholiken mitentscheidend waren – auf die Seite der Katholiken im Kampf um den Schutz des Lebens gestellt. Als unmittelbar nach seiner Amtseinführung die Pro-Life-Bewegung ihren jährlichen „March for Life“ für die Zurücknahme der gesetzlichen Abtreibungsfreigabe nach Washington durchführte, ließ Bush der Versammlung in einer persönlichen Botschaft mitteilen, dass er ihr Anliegen voll teile und sich politisch für den gesetzlichen Schutz des Le-

bens einsetzen werde. Persönlich nahm Bush am 22. März in Washington an der Eröffnung des neuen Johannes-Paul-II.-Kulturzentrums teil und erhielt „standing ovations“, als er in Anwesenheit zahlreicher Kardinäle den vom Papst geprägten Begriff der „Kultur des Lebens“ aufgriff. Er nannte sie eine „willkommene Kultur, die keinen aus der Gesellschaft ausschließt, die Gesellschaft nicht spaltet, sich nie der Verzweiflung hingibt, sondern immer das Gute des Lebens in all seinen Ausprägungen sieht“. Diese Kultur müsse auch den Fremden, Kranken, Alten und Einwanderern Raum geben, und in ihr „müssen wir die Liebe zum unschuldigen Kind verteidigen, das auf seine Geburt wartet“.

So stellte schon im Mai dieses Jahres die *Washington Post* überrascht fest, dass „Bush und seine Top-Berater sich beflissen um gute Verbindungen zu katholischen Wählern bemühen“. Die Zeitung wusste davon zu berichten, dass Bushs Beraterstab wöchentlich eine Telefonkonferenz für informelle Gespräche mit katholischen Experten eingerichtet hat. Allerdings deutete das führende Blatt der US-Hauptstadt diese Bemühungen ausschließlich mit der rechtzeitigen Suche nach einer neuen tragfähigen Wählerklientel. Da die frühere Hauptanhängerschaft der Republikaner, die weißen Protestanten, bei der letzten Wahl deutlich geschmolzen war, die Katholiken andererseits mehrheitlich für Al Gore gestimmt hatten, zielten, so die *Washington Post*, Bushs Wahlstrategen schon jetzt auf das katholische Potenzial.

Doch zweifellos ist es Bush mit seinem Anliegen ernst, sich für Menschenwürde und Menschenrechte einzusetzen, im eigenen Land wie in der Welt. Seine politischen Maßnahmen etwa in der Wirtschaftspolitik und in der Militärstrategie sind nicht unumstritten, wenngleich auch in diesen Bereichen nach den Terrorangriffen Richtungsänderungen zu erwarten

ten sind. Jedenfalls hatte Bush vor dem Wendepunkt des 11. September nicht nur die versprochenen Steuererleichterungen in Gang gesetzt, die nach Auffassung seiner Kritiker vorwiegend den Reichen zugute kommen, sondern auch Programme zur Verbesserung der Lage der Armen, Benachteiligten und Randgruppen, darunter Maßnahmen im Wohnungsbau und in der Betreuung von Drogenabhängigen, angekündigt. Zur Bekanntgabe dieser Regierungsvorhaben wählte Bush erneut eine katholische Institution: die berühmte Notre Dame University. Wie vier US-Präsidenten zuvor hielt er dort am 20. Mai die Semestereröffnungsansprache und bezog sich darin auf den „Krieg gegen die Armut“, den Präsident Lyndon B. Johnson 1964 an gleicher Stelle als sein Programm angekündigt hatte, um eine *Great Society* der Gerechtigkeit anzustreben. Nach der Wohlfahrtsreform von 1996, die eine Halbierung der Regierungsmittel für die Bedürftigen mit sich gebracht habe, wolle er jetzt eine dritte Phase im Kampf gegen die Armut einleiten, sagte Bush und zitierte in diesem Zusammenhang die Mitbegründerin der Katholischen Arbeiterbewegung in den USA, Dorothy Day: „Es gibt keine große Gesellschaft, die keine fürsorgende Gesellschaft ist.“ Ein wirksamer Kampf gegen die Armut, so schloss Bush, müsse mit den „Waffen des Geistes“ geführt werden.

Auf höchster Ebene

Noch vor dem Schicksalstag des 11. September 2001 ließ Präsident George W. Bush zwei Gelegenheiten nicht vergehen, erneut seine Nähe zu führenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche öffentlich zu zeigen. Als er am 10. Juli zum ersten Mal als Präsident New York besuchte, war der Anlass die posthume Überreichung der höchsten Zivilauszeichnung des US-Kongresses für den im vorigen Jahr verstorbenen Erzbischof von New York, Kardinal John O'Connor

an dessen Schwester und O'Connors Nachfolger, Kardinal Edward M. Egan. Der Kongress hatte seine erst siebzehnmal verliehene Goldmedaille Kardinal O'Connor wenige Monate vor seinem Tod als Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste zum Wohle der amerikanischen Gesellschaft verliehen. Als Bush den Kardinal in der St.-Patrick-Kathedrale auch als „einen tapferen Verteidiger der Kinder in ihrer Verwundbarkeit, Unschuld und ihrem Recht, geboren zu werden“, bezeichnete, erhielt er stehende Ovationen. Zum vorläufigen Höhepunkt der Kontakte Bushs zur katholischen Kirche wurde am 23. Juli sein Besuch bei Papst Johannes Paul II. in Castel Gandolfo. Es war erst das fünfte Treffen zwischen einem Papst und einem amerikanischen Präsidenten. Zu Papstgesprächen waren erstmals in der amerikanischen Geschichte Lyndon B. Johnson und Richard Nixon auf dem Höhepunkt der Friedensbemühungen um die Beendigung des Vietnamkrieges mit Paul VI. zusammengetroffen. Erst nachdem Ronald Reagan 1984 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA zum Heiligen Stuhl durchgesetzt hatte, hatten die folgenden Präsidenten George Bush sen. und Bill Clinton dem Papst ihre staatsmännischen Reverenzen erwiesen.

An dem Besuch des jetzigen US-Präsidenten sind zwei Punkte bemerkenswert: einmal die Hochschätzung, die beide ihren Ämtern gegenüber als Garanten für Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden bekundeten, und die besonderen Erwartungen, die die katholische Kirche an Amerika stellt. Dabei sprach der Papst auch die kritischen Bereiche im Verhältnis der Kirche zur amerikanischen Gesellschaft an. Johannes Paul II., der im Laufe seiner Amtszeit die USA häufiger als jedes andere Land und genauso oft wie seine Heimat Polen besucht hat, äußerte zunächst den Wunsch, dass Bushs „Präsidentschaft sein Volk stärken

möge in der Verpflichtung auf jene Prinzipien, die die amerikanische Demokratie von Anfang an inspiriert hat“. Dann wies der Papst auf die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten für die Solidarität in der Welt hin „auf Grund ihrer großen Ressourcen, kulturellen Tradition und religiösen Werte“. Das betreffe in besonderer Weise, so der Papst, das Grundrecht jedes Menschen auf sein Leben (ein unausgesprochenes Plädoyer gegen die Todesstrafe). In diesem Zusammenhang wies Johannes Paul II. dann wörtlich nicht nur auf den Schutz des ungeborenen Lebens und des Lebens der alten Menschen hin (in den USA bedroht durch die seit dreißig Jahren legalisierte, aber weiterhin umstrittene Abtreibung und neuerdings durch Euthanasiebestrebungen), sondern auch ausdrücklich auf die Embryonenforschung, über die Bush gerade entscheiden musste. In seiner Erwiderung lobte der US-Präsident den unermüdlichen Einsatz des Papstes für die Menschenrechte und Menschenwürde und fand dafür die Formulierung, die zu seinem Leitmotiv nach der Terrorkatastrophe werden sollte: Der Papst zeige seit seinem Amtsantritt 1978 der Welt nicht nur den „Glanz der Wahrheit, sondern auch die Kraft der Wahrheit, das Böse zu besiegen“. Und wenn Bush damit schloss, dass die Frohe Botschaft der Liebe, die der Papst in die Welt trage, heute „in jedem Volk und jedem Alter notwendig ist“, könnte man sagen, George W. Bush habe seinen Katechismus gelernt – jetzt komme es darauf an, diese Glaubensüberzeugungen umzusetzen.

In der Zerreißprobe

Der politische Alltag hat Bush schnell vor einige Realitäten gestellt, die nicht mit seinen Bekenntnissen allein bewältigt werden können. Das betrifft den angestrebten Schutz des menschlichen Lebens in allen Bereichen: Abtreibung wie Todesstrafe, Klimaschutz wie Klonen und

Embryonenforschung. Zum Komplex des Schutzes des ungeborenen Lebens hat Bush selbst überhöhte katholische Erwartungen gedämpft: Für eine Aufhebung der Legalisierung der Abtreibung würde es nie eine Mehrheit im Parlament geben. Selbst ein Verbot der Spätabtreibung ist in weite Ferne gerückt, seit der Oberste US-Gerichtshof ein solches Verbot im Bundesstaat Nebraska als „nicht rechtmäßig“ erklärt hat. Da in all diesen Fällen der Oberste Gerichtshof das letzte Wort hat, können die Katholiken nur auf eine Änderung der Abstimmungsverhältnisse in diesem Gremium nach der fällig werdenenden Ernennung neuer Richter hoffen, doch auch da ist Bush an Senatszustimmungen gebunden. So bleibt im Fall des Lebensschutzes für Ungeborene nur die Ausdehnung von Einschränkungen bei den legalen Abtreibungen wie Bedenkzeiten nach vorgeschriebener Beratung, Elternzustimmung bei Minderjährigen und Ähnliches, die bisher nur in einem Teil der Bundesstaaten bestehen.

Kompromisslos hat Bush sich bisher auch in der Frage der Todesstrafe gezeigt. Er sieht sie als „Lebensschutz“ Unschuldiger vor Kriminellen an und weiß, dass trotz verstärkter bischöflicher Appelle nach Abschaffung die Mehrheit der Katholiken de facto hinter ihm steht. Dagegen hat er unerwartet Opposition gegen seine Umweltpolitik erhalten. Nachdem er die Aufkündigung des Abkommens von Tokio bekannt gegeben und der Kongress kurz vor der Sommerpause sein nicht gerade als umweltfreundlich geltendes Energieprogramm gebilligt hatte, beides – wie Kritiker ihm vorwerfen – auf Druck der Industrie und zum Wohle der Industrie, riefen die katholischen Bischöfe die Amerikaner auf, endlich die „Ernsthaftigkeit der globalen Klimabedrohung zu erkennen“. Die Erklärung der US-Bischöfskonferenz „Globaler Klimawechsel: ein Ruf nach Dialog, Klugheit und Gemeinwohl“ ist zwar das Ergebnis der län-

geren Untersuchung einer bischöflichen Kommission, wurde aber jetzt umso mehr beachtet, als es der Regierungspolitik entgegenläuft: „Wohlhabende Nationen wie die unsere müssen die Auswirkungen eines unersättlichen Konsums zur Kenntnis nehmen, statt die armen Völker zu Bevölkerungs- und Umweltverschmutzungskontrolle aufzurufen.“

Während das von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschlossene Verbot sämtlicher Formen des Klonens von Bush als „eine deutliche ethische Stellungnahme“ begrüßt werden konnte, wird seine Entscheidung zur Embryonenforschung auf katholischer Seite nicht als der Devise entsprechend beurteilt, die Bush selbst vorgegeben hatte: „Wir müssen die Wissenschaft voranbringen, aber auf eine Art und Weise, die den Respekt vor dem Leben erhält.“ Bushs ambivalente Entscheidung, einerseits keine staatlichen Mittel für neue Embryonenforschung zur Verfügung zu stellen, andererseits aber die Forschung an den bereits vorhandenen (geschätzten 100 000 tiefgefrorenen) Embryonen zu unterstützen, wird von den katholischen Bischöfen als „moralisch unannehmbar“ kritisiert. Bush hatte seine Entscheidung als „Kompromiss“ bezeichnet zwischen ethischem Lebensschutz auf der einen und (von der Wirtschaft geforderter) wissenschaftlicher Forschung andererseits. Im Prinzip sehe er nämlich menschliches Leben „als ein heiliges Geschenk des Schöpfers“ an, das nicht angetastet werden dürfe. Gerade dies, nämlich die „Zerstörung von wehrlosem Menschenleben“, geschehe aber, so der Vorsitzende der US-Bischöfskonferenz, Bischof Joseph A. Fiorenza, wenn nun doch mit den Embryonen im Labor experimentiert werden dürfe. Embryonalzellen, so Kardinal Meira von Detroit, seien nicht weniger ungeschützt und verletzlich als das Leben alter oder kranker Menschen. Und Kardinal George von Chicago warnte: Die Entscheidung

des Präsidenten erscheine zwar restriktiv, berge aber das Risiko, „dass wir einen Kurs fahren, bei dem immer mehr unschuldiges menschliches Leben auf dem Altar der Forschung geopfert wird“.

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sind auch diese existenziellen Fragen zumindest in der politischen Entscheidung zurückgetreten gegenüber dem grundsätzlichen Schutz des Menschen und seiner Freiheit. Bush hat in der Allianz, die er im Kampf gegen den Terrorismus weltweit zu schmieden versucht, nicht nur die Unterstützung der katholischen Kirche erhalten, sondern auch der anderen Religionsgemeinschaften. Im allgemeinen Strom der Top-News ist untergegangen, dass der amerikanische Präsident zwei Tage vor der Gedenkfeier im Yankee-Stadion über zwanzig Vertreter der verschiedenen christlichen Kirchen, darunter die katholischen Kardinäle Egan von New York und Law von Boston, sowie führende Muslime, Hindus, Sikhs und Juden in Washington zu Gesprächen über die Terrorangriffe und über Terrorbekämpfung empfangen hatte. Die Religionsführer stellten in einer gemeinsamen Erklärung – einer „bisher einmaligen ökumenischen Aktion“ (Kardinal Law) – einmütig fest, dass die USA „ein moralisches Recht und eine tiefe Verpflichtung als Nation“ haben, „die Heiligkeit des Lebens und das Wohl der Allgemeinheit zu schützen“. Man dürfe allerdings nicht „in einem Geist der Aggressionen“ auf den Terror antworten, sondern alle Reaktionen müssten „von moralischen Prinzipien“ getragen und mit allen friedliebenden Nationen gemeinsam durchgeführt werden. Der New Yorker Kardinal sprach anschließend die Überzeugung aus, dass Bush dies auch tue. Und vielleicht zeigte der amerikanische Präsident nicht so viel Kraft, Geduld, Besonnenheit und Entschlossenheit, wenn er diese Einbindung in ein so breites religiöses Fundament nicht hätte.